



Newsletter des Netzwerks Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.

# FORUM KRISTA

Ausgabe - Januar 2025



## VORWORT

Liebe Leser,

verschaffen Sie sich mit unserem monatlichen Newsletter einen Überblick: Wir informieren Sie über Aktuelles aus der Rechtsprechung und den Medien.

Um den Newsletter knapp zu halten, beschränken wir uns bei der Medienschau regelmäßig auf die Wiedergabe der dortigen Überschriften und einleitenden Sätze.

Ferner finden Sie Verweise auf unsere aktuellen eigenen Beiträge, mit denen wir uns differenziert mit rechtsstaatlichen Problemstellungen auseinandersetzen.

Wir wünschen viel Freude bei der Lektüre!

## INHALT

1	Vorwort
2 - 3	Aktivitäten von KRiStA
3 - 14	Fundstücke aus den Medien
14 - 15	Aufsätze
15	Impressum

## AKTIVITÄTEN VON KRISTA

---

15.01.2025 **Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer wie die Maskenbeschaffung.** Gegen die wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht nur des Robert-Koch-Instituts wurden vom Bundesministerium für Gesundheit unter Leitung von Jens Spahn ca. 6 Milliarden Masken eingekauft. Diese in mehrfacher Hinsicht gesetzwidrige Beschaffung war, wie der Bundesrechnungshof festgestellt hat, „ohne Nutzen für die Pandemiebekämpfung und damit ohne gesundheitspolitischen Wert“. Durch KRiStA wurde bereits öffentlich gemacht, dass der Einkauf dieser Masken samt Folgekosten den Steuerzahler ca. 10 Milliarden Euro gekostet hat. Nach dem Inhalt eines jetzt bekannt gewordenen Schreibens des Bundesministeriums der Finanzen an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages sind die Gesetzesverstöße noch weitaus schwerwiegender, als bisher angenommen.

23.01.2025 **Volksverhetzung nach § 130 Abs. 1 und 3 StGB und impfkritische Äußerungen.** Der Tatbestand der Volksverhetzung (§ 130 StGB) wird, so scheint es, zunehmend politisch missbraucht. In besonders auffälliger Weise wird die Norm des § 130 StGB gegen Kritiker der Impfung gegen das Corona-Virus angewandt. Die Autorin, die 2001-2004 zu § 130 StGB und §§ 86, 86a StGB promoviert hat, weist nach, dass in diesen Fällen der Tatbestand schon nicht vorliegt und gegen die durch Art. 5 GG garantierte Meinungsfreiheit verstoßen wird. Der Beitrag bietet einen Überblick über die bisher entschiedenen Fälle und die Gesetzgebungsgeschichte des § 130 StGB.



29.01.2025 **Führt das neue Heizungsgesetz zu mehr Schaden als Nutzen?** In diesem Gastbeitrag zeigt der Volkswirt Prof. Dr. Alfred Greiner auf, dass das sog. Heizungsgesetz außer Acht lässt, dass bereits ein Instrument zur Senkung der Kohlenstoffdioxid-Emissionen besteht, nämlich das Instrument des Emissionshandels.

In einer Volkswirtschaft, in der ein funktionierendes Emissionshandelssystem die Emissionen beschränkt, stifteten alle zusätzlichen anderweitigen Maßnahmen keinen Nutzen, auch nicht das Heizungsgesetz. Die durch dieses Gesetz entstehenden Kosten zur Vermeidung von Emissionen seien exorbitant hoch. In der vorangestellten Einleitung gehen wir kurz darauf ein, was dies verfassungsrechtlich bedeutet.

## FUNDSTÜCKE AUS DEN MEDIEN

---

01.01.2025 [Cicero](#): Die freie Rede und ihre Einschüchterer. Mit neuen Medien wächst immer auch die Furcht der Herrschenden vor den Beherrschten, die eine neue Freiheit wittern. Daher besinnt man sich auf ein bewährtes Muster: Die Erziehung der Untertanen durch exemplarische Bestrafungen.

02.01.2025 [WELT](#): Auch Milliardäre dürfen eine Meinung haben. Übergriffig, gefährlich, anmaßend – so bezeichneten viele Politiker Elon Musk wegen seines Gastbeitrags in der WELT AM SONNTAG. Und dann ist er auch noch Milliardär. Darf der sich in den deutschen Wahlkampf einmischen? Er darf. Es lebe die Einmischung in die Wahlkämpfe befreundeter Staaten!

02.01.2025 [Epoch Times](#): Cum-Ex-Skandal – frühere Oberstaatsanwältin ist sicher: „Die Geschäfte laufen weiter“. Die frühere Cum-Ex-Chefermittlerin Anne Brorhilker ist fest davon überzeugt, dass Steuerbetrug mit illegalen Aktiengeschäften noch immer verbreitet ist in der Finanzwelt. „Cum-Ex läuft weiter – auch lange nach der Gesetzesänderung von 2012“, sagte die ehemalige Oberstaatsanwältin und heutige Geschäftsführerin der Bürgerbewegung Finanzwende der Deutschen Presse-Agentur. Cum-Ex-Deals, die ihre Hochphase zwischen 2006 und 2011 hatten, gelten als größter Steuerraub in der Geschichte der Bundesrepublik. Dabei inszenierten Banken und andere Investoren ein Verwirrspiel mit Aktien rund um den Dividendenstichtag. Am Ende bekamen sie von Finanzämtern Steuern erstattet, die sie gar nicht gezahlt hatten. Der Staat büßte geschätzt mindestens zehn Milliarden Euro ein, 2012 reagierte die Politik mit einer Gesetzesänderung.

02.01.2025 [Reitschuster](#): BGH verwirft Revision von Nicht-Impfarzt Heinrich Habig. Habig saß monatelang in U-Haft und wurde vor eineinhalb Jahren schließlich zu einer Freiheitsstrafe von insgesamt 2 Jahren und 10 Monaten verurteilt. Aufgrund einer tatsächlichen Verständigung zwischen Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung hatte Heinrich Habig zugegeben, dass in rund 200 Fällen, in denen die Patienten bei ihrer Vernehmung im Ermittlungsverfahren ausgesagt hatten, die „Impf“-Bescheinigung ohne tatsächliche Impfung erhalten zu haben, dies so zugetroffen haben werde.

02.01.2025 [tkp](#): Aktueller Vogelgrippe-Stamm stammt aus US Biolabor. Eine neue Studie zeigt, dass der aktuelle Stamm der „Vogelgrippe“ „vom Menschen geschaffen“ wurde und in einem amerikanischen Biolabor mithilfe gefährlicher „Gain-of-Function“-Forschung entwickelt wurde.

03.01.2025 [Kontrafunk](#): Der Rechtsstaat: Von den Quellen zu den Sümpfen. Roger Letsch im Gespräch mit Tobias Gall, Carlos A. Gebauer und Michael R. Moser. Im

Rück- und Ausblick spricht Kontrafunk-Redakteur Roger Letsch mit den Rechtsanwältinnen und „Rechtsstaat“-Moderatoren Tobias Gall, Carlos A. Gebauer und Michael R. Moser. Betrachtungen über den Zustand und die teilweise verschüttgegangenen Quellen unserer Rechtsordnung, zur Justiz als Mittel der politischen Kriegsführung bis hin zu deren Auflösung in internationalen politischen Agenden.

03.01.2025 [beck-aktuell](#): Job als Gleichstellungsbeauftragte: Das kann nur eine Frau. Zweigeschlechtliche Personen haben im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein keine Möglichkeit, Gleichstellungsbeauftragte zu werden. Das BAG hält die Beschränkung auf Frauen im Hinblick auf den verfassungsrechtlichen Auftrag der Frauenförderung für gerechtfertigt. Die Erfurter Richterinnen und Richter stellten darauf ab, dass der schleswig-holsteinische Gesetzgeber ausdrücklich nur Frauen mit den Aufgaben einer Gleichstellungsbeauftragten betrauen wollte. Er betrachte das weibliche Geschlecht als wesentliche, entscheidende und angemessene berufliche Anforderung für diese Arbeit. Insbesondere bei der Beratung von Frauen in Krisensituationen - etwa wegen einer sexuellen Belästigung - sei es von entscheidender Bedeutung, dass die Beraterin selbst weiblich sei, weil Geschädigte im Allgemeinen eher bereit seien, Hilfe bei einer Geschlechtsgenossin zu suchen. Die Beschränkung, so das BAG, sei nicht nur gegenüber Männern gerechtfertigt, sondern auch gegenüber zweigeschlechtlichen Bewerbern. Sicher kenne auch ein Hermaphrodit das Gefühl zur Genüge, diskriminiert zu werden - allerdings nicht aufgrund des weiblichen Geschlechts, sondern der Eigenschaft als zweigeschlechtliche Person. Dabei sei es irrelevant, wie die Person im Einzelfall „gelesen“ werde, eine gesetzliche Regelung könne unmöglich auf solche - letztlich subjektive - Wahrnehmungen aufbauen. Soweit sich die bewerbende Person auf Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG berief, wonach niemand wegen seines Geschlechts benachteiligt werden darf, verweisen die Bundesarbeitsrichterinnen und -richter auf Abs. 2 S. 2 der Norm: Das Frauenfördergebot kollidiere mit dem Benachteiligungsverbot. Bei Anwendung des Grundsatzes der praktischen Konkordanz sei die Diskriminierung gerechtfertigt, weil das Frauenfördergebot auch für die Zukunft die Gleichberechtigung der Geschlechter durchsetzen wolle. Dieser



Zweck stehe nicht außer Verhältnis zur Schwere des Eingriffs in die Berufsfreiheit eines Bewerbers.

03.01.2025 [beck-aktuell](#): Observation: Heimliche Kameraaufzeichnungen in NRW verfassungswidrig. Heimliche Überwachungen durch die Polizei, die dabei auch noch filmt und fotografiert, greifen tief in die Privatsphäre der Betroffenen ein. Die Schwelle, wann die Behörden solche Methoden einsetzen dürfen, liegt in NRW zu niedrig, findet das BVerfG. Hintergrund der Entscheidung ist eine Vorlage des BVerwG, das über die Klage einer Frau zu entscheiden hatte, die als unbeteiligte Dritte von der Polizei mit observiert worden war und sich hiergegen gerichtlich zu Wehr setzte. Bei der eigentlichen Zielperson handelte es sich um einen Gefährder aus dem rechtsextremen Spektrum, der bereits unter anderem wegen Totschlags, gefährlicher Körperverletzung und unterlassener Hilfeleistung verurteilt worden war und im Juli 2015 entlassen werden sollte. In Vorbereitung auf die Entlassung hatte die Polizei eine einmonatige Überwachung geplant, da man fürchtete, er könnte abtauchen und erneut schwere Straftaten begehen. Im Rahmen dieser Observation wurde auch die Klägerin (mit-)beobachtet und fotografiert. Zunächst führt das Gericht in seinem Beschluss aus, dass es sich bei einer dauerhaften Observation, die mit Foto- und Videoaufnahmen gepaart werde, um einen schwerwiegenden Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung handele, welches dem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht zugeordnet wird.

05.01.2025 [Berliner Zeitung](#): Ist das schon Volksverhetzung? Der Ärger über Robert Habeck kommt eine 74-Jährige teuer zu stehen. Der Fall einer Rentnerin legt den Verdacht nahe, dass die Staatsgewalt schon bei scharfer Kritik an der Regierung blindem Verfolgungseifer anheimfällt. Eine Analyse. Das Amtsgericht Düsseldorf verurteilte eine Rentnerin wegen Volksverhetzung zu 150 Tagessätzen á 53 Euro, insgesamt 7950 Euro, weil sie auf Facebook die Migrationspolitik der Bundesregierung mit folgender Aussage kritisiert hatte: „Blablabla. Wir brauchen Fachkräfte und keine Asylanten, die sich hier nur ein schönes Leben machen wollen, ohne unsere Werte und Kultur zu respektieren. Schickt die, die hier sind, mal zum Arbeiten. Wir sind nicht auf Faulenzer und Schmarotzer angewiesen und schon gar nicht auf Messerkünstler und Vergewaltiger.“ Der Grund für die Einführung des Volksverhetzungsparagrafen war insbesondere der Schutz jüdischer Menschen in Deutschland vor dem Hintergrund des Holocaust. Um einem Missbrauch des § 130 StGB vorzubeugen, hat der Gesetzgeber 1960 das einschränkende Tatbestandsmerkmal des öffentlichen Friedens eingeführt. Damit sollte verhindert werden, dass diese Norm auf jedwede Meinungsäußerung Anwendung findet. Nur wenn durch die Äußerung auch andere Menschen dazu aufgehetzt werden, Straftaten zu begehen, also eine pogromartige Stimmung in der Bevölkerung hervorgerufen wird, kommt eine Anwendbarkeit überhaupt in Betracht.

05.01.2025 Stefan Homburg bei [YouTube](#): Deutschland und Österreich hatten bisher ähnliche „Brandmauern“ gegen ihre blauen Parteien AfD und FPÖ. In Österreich ist diese Brandmauer nun völlig unerwartet zusammengebrochen, und der FPÖ-Chef Herbert Kickl wird voraussichtlich Bundeskanzler.

05.01.2025 [Tichys Einblick](#): Von der Brand- zur Gefängnismauer. Brandmauer eingestürzt: ÖVP erklärt sich zu Gesprächen mit FPÖ bereit. Nach dem Scheitern der Ko-

alitionsverhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und Neos in Österreich wurde die FPÖ mit der Regierungsbildung beauftragt. Die ÖVP ist zu Verhandlungen mit der FPÖ bereit. So schnell kann eine Brandmauer verschwinden, die zum Gefängnis für die Mauerbauer wird.

05.01.2025 [Achgut](#): Macht Österreich jetzt blau? Deutsche Politiker bekommen in Wien gerade noch einmal vorgeführt, in welche Sackgasse eine prinzipienreiterische Brandmauer-Politik führt. Nachdem bekanntlich erst die Dreier-Koalitionsverhandlungen mit SPÖ und den linksliberalen Neos gescheitert sind, dann auch die Zweier-Koalitionsverhandlungen der ÖVP mit der SPÖ, will jetzt der Bundeskanzler und ÖVP-Chef Karl Nehammer von all seinen Ämtern zurücktreten. Die zweitstärkste Partei im Lande steht damit vor der Entscheidung, tatsächlich in eine Mitte-Rechts-Koalition als Juniorpartner der FPÖ einzutreten oder wegen unmöglicher Regierungsbildung Neuwahlen in Kauf zu nehmen.



06.01.2025 [Kontrafunk](#): Kontrafunk aktuell. Gernot Danowski im Gespräch mit Jürg Vollenweider, Ralph Schöllhammer und André Sikojev. In Österreich überschlagen sich die Ereignisse: Nach dem Ausstieg der Neos aus den Koalitionsverhandlungen hat Kanzler Nehammer am Samstag seinen Rücktritt angekündigt. Warum die Verhandlungen gescheitert sind und wie jetzt in Österreich eine stabile Regierung aussehen kann, beantwortet der Journalist und Politikwissenschaftler Dr. Ralph Schöllhammer. Im vergangenen August wurde die Ukrainische Orthodoxe Kirche verboten. Seitdem ist es für die orthodoxe Christenheit nicht mehr möglich, Weihnachten am 6. Januar zu feiern. Wie politisch Weihnachten in diesem Jahr in der Ukraine ist, berichtet der russisch-orthodoxe Erzpriester André Sikojev. Im Gespräch mit Jürg Vollenweider, ehemaliger leitender Staatsanwalt im Kanton Zürich, geht es um die Anwendung der Internationalen Gesundheitsvorschriften in der Schweiz. Und Markus Vahlefeld kommentiert das anstehende Gespräch zwischen Elon Musk und AfD-Chefin Alice Weidel am Donnerstag.

07.01.2025 [WELT](#): Österreich zeigt, warum die deutsche Brandmauer scheitern wird. Deutschland sollte einen sehr scharfen Blick auf den südlichen Nachbarn werfen:

Dort bahnt sich eine Realität an, der sich Politiker hierzulande noch immer verweigern. Das Erpressen linker Politik funktioniert auf Dauer nicht.

08.01.2025 [Deutschlandfunk](#): Wer korrigiert das „Correctiv“?

10.01.2025 [WELT](#): Die wahren Profis der Wahlbeeinflussung. Fremde Einmischung unerwünscht! Deutsche Politiker sind sich einig, wenn es um Elon Musk geht. Allerdings hat sich an diesen hehren Grundsatz noch nie jemand gehalten – auch nicht Olaf Scholz, Friedrich Merz oder Ursula von der Leyen. Eine kleine Geschichte der Einflussnahme.

10.01.2025 [NachDenkSeiten](#): Musk und Weidel – Viel Lärm um nichts. Wenn man in den letzten Wochen die Medienberichterstattung zum laufenden Wahlkampf konsumiert hat, könnte man glatt auf die Idee kommen, es gäbe nichts Wichtigeres, als die „Einmischung“ des US-Milliardärs Elon Musk. Der hat sich auf seiner Plattform X, in einem Gastartikel in Springers WELT und gestern Abend mit einem live übertragenen Gespräch mit Alice Weidel mehrfach als Edel-Wahlhelfer für die AfD in Szene gesetzt. Überraschend ist das alles nicht. Substanz hat es schon gar nicht. Nicht Musks Äußerungen, sondern die Berichterstattung dazu hilft der AfD, die so – mal wieder – genau die mediale Aufmerksamkeit bekommt, nach der sie lechzt.

10.01.2025 [Cicero](#): Ist die EU noch eine Demokratie? Europa auf dem Weg zur Bürokratie-Diktatur. 150 Beamte kontrollieren eine politische Diskussion. Das ist in autoritären Staaten wie Russland oder China Alltag. Aber es sind EU-Beamte, die die Online-Diskussion von Alice Weidel und Elon Musk beobachten. In Demokratien eigentlich unvorstellbar. In einer freien Welt dürfen Menschen miteinander reden. Das ist eine Grundidee von Freiheit und Demokratie. Trotzdem ist die Empörung in Teilen der deutschen Politik groß. Dafür gibt es einen Grund. Elon Musk hat großen Einfluss, und es ist Wahlkampf in Deutschland. Die etablierten Parteien befürchten, dass das Gespräch die Wahlchancen der AfD erhöht – und ihre eigenen Chancen vermindert. Das ist der Kern, der in der öffentlichen Diskussion mit angeblicher, aber geheuchelter Sorge um die Demokratie maskiert wird.

10.01.2025 [Tichys Einblick](#): Verfassungsrechtler zu Medienversagen: „Haltungsjournalismus zu Lasten journalistischer Sorgfalt“, Die „Enthüllungen“ von Correctiv über ein angebliches „Masterplan“-Treffen in Potsdam haben ein Jahr nach ihrer Veröffentlichung nicht nur sehr umfangreiche juristische und gesellschaftliche Wellen geschlagen, sondern auch die Integrität der hochumstrittenen NGO nachhaltig stark ramponiert. Verfassungsrechtler Christoph Degenhart beschreibt den Fall als „bemerkenswert, weil journalistische Grundsätze über Bord geworfen wurden“. Er sieht darin ein Beispiel, wie „Haltungsjournalismus zu Lasten journalistischer Sorgfalt“ geht und die öffentliche Debatte nachhaltig verzerrt.

10.01.2025 [NachDenkSeiten](#): Rumänien hat sich verwählt, weil ein paar bezahlte TikTokler nicht richtig ticken. Ja, spinnen die denn, die Rumänen? Erst wollen sie einen Russlandfreund zum Präsidenten wählen und eine Woche später bei den Parlamentswahlen sichern sie die Vormacht der NATO-Parteien. Das kann doch nur mit „rechten“ Dingen zugegangen sein, wofür prompt der Beweis aus dem Hut gezaubert war: eine Kampagne im Auftrag des Kreml. Von wegen. Inzwischen zeichnet

sich ab: Die Trolle wurden aus der Staatskasse bezahlt, durch die Partei des rumänischen Staatsoberhauptes. Und von einer Einmischung Putins fehlt jede Spur. Besser vergessen das Ganze, findet der Wertwesten.

10.01.2025 [beck-aktuell](#): Wegen Musk? BGH zieht sich von X zurück. Der X-Account des BGH, von dem das Gericht bislang in der Regel nur seine Pressemitteilungen absetzte, dürfte wohl noch nie so viel Aufmerksamkeit erfahren haben wie für seinen wohl letzten Post auf dieser Plattform: Während die vorigen Posts in der Regel einen bis fünf Kommentare ernteten und die höchste Like-Zahl bei 23 lag, ging dieser nach BGH-Maßstäben fast viral: Rund 2.000 Kommentare und 2.200 Likes erntete die Abschiedsmeldung bis zum Freitagnachmittag. Die Reaktionen in den Kommentaren lesen sich jedoch nicht nur positiv: „Der Bundesgerichtshof ist also offiziell eine woke Institution“ schrieb ein Nutzer, ein anderer bemerkte: „Ich hatte mal in der Schule gelernt, dass die Justiz politisch neutral sein muss.“ Auch viele andere rügten mutmaßlich fehlende Neutralität oder Parteilichkeit des Karlsruher Gerichts.

10.01.2025 [klagemauer.tv](#): Prof. Dr. Werner Bergholz: „Wer hat wann was über die Covid-19-Injektionen gewusst und wer hätte warum was wissen müssen?“ – so der vielsagende Titel des Vortrags von Prof. Dr. Werner Bergholz auf dem MWGFD-Symposium Ende Oktober 2024. Der Experte auf dem Gebiet der Qualitäts- und Risikobewertung weist anhand öffentlicher Quellen nach, dass seinerzeit alle Verantwortlichen von der Gefährlichkeit der Corona-Injektionen gewusst haben! Wie schon damals Reiner Füllmich kommt er zum gleichen Resümee: „Vorsätzliche, sittenwidrige Schädigung.“

10.01.2025 [Weltwoche](#): Man will die Deutschen ausplündern: AfD-Kanzlerkandidatin Weidel über Elon Musk und den Zusammenbruch des Euro.

11.01.2025 [Berliner Zeitung](#): Früherer EU-Kommissar droht, Bundestagswahl zu annullieren: „Wir haben es in Rumänien getan“. Der ehemalige französische EU-Kommissar Thierry Breton gab er indirekt zu, dass die EU für die Absage der Wahlen





in Rumänien verantwortlich war. Wenige Tage vor der rumänischen Stichwahl im Dezember 2024 zwischen dem rechtsextremen Kandidaten Colin Georgescu und der Pro-EU-Präsidentschaftskandidatin Elena Lascon waren die Ergebnisse aus der ersten Wahlrunde annulliert worden. Schon während des Wahlkampfs war aufgefallen, dass der eher weniger bekannte Georgescu durch eine Influencer-Kampagne auf TikTok unterstützt wurde. Mehr als hundert Influencer verbreiteten Wahlempfehlungen zugunsten von Georgescu. Insgesamt soll die Kampagne 2,4 Millionen Klicks eingesammelt haben. Viele fragten sich, inwieweit ausgerechnet eine TikTok-Kampagne im eher ländlich geprägten Rumänien mit seinen rund 18 Millionen Wahlberechtigten ausschlaggebend sein kann.

11.01.2025 [Berliner Zeitung](#): Meta-Chef Zuckerberg über Corona-Zensur unter Joe Biden: „Es war brutal, brutal“. Der Meta-Boss erzählte dem Podcaster Joe Rogan, dass der Stab von Präsident Biden seine Mitarbeiter anschreien würde, damit sie Inhalte entfernen, die ihnen nicht gefielen. Zuckerberg sagte in dem am Freitag ausgestrahlten Interview, dass sein Unternehmen wiederholt vom Weißen Haus „unter Druck gesetzt“ wurde, humorvolle Inhalte und wahrheitsgemäße Aussagen über den Covid-Impfstoff auf dem Höhepunkt der Pandemie zu löschen. Er sagte, dass Facebook „brutalen“ Vergeltungsmaßnahmen der Biden-Regierung ausgesetzt war, nachdem es sich gegen die Zensoren gewehrt hatte. „Im Grunde kam es zu diesem Punkt, an dem wir sagten: Nein, wir werden keine Dinge löschen, die wahr sind. Das ist lächerlich“, so Zuckerberg.

14.01.2025 [Cicero](#): Missstände in Krankenhäusern „Manche der ausländischen Ärzte sind ein erhebliches Sicherheitsrisiko“. Aufgrund des Ärztemangels werden in der Debatte Forderungen laut, ausländische Berufsabschlüsse schneller anzuerkennen. Eine Oberärztin aus Niedersachsen warnt eindringlich davor: Im Interview spricht sie über ausländische Kollegen, die für Patienten gefährlich werden können.

15.01.2025 NachDenkSeiten bei [YouTube](#): Nicht ganz dicht. Lauterbachs elektronische Patientenakte für Hacker so offen wie ein ... Heute startet die elektronische Patientenakte in den Pilotbetrieb, schon einen Monat später soll sie bundesweit ausgerollt werden. Das ist ein kühner Plan angesichts riesiger Sicherheitslücken und des geballten Protests von Medizinern und Datenschützern. Aber der Gesundheitsminister hat eine Verbündete von Rang: Deutschlands frühere Chefethikerin Alena Buyx. Die hatte schon in Corona-Zeiten ein Herz für die Staatsmacht, Big Pharma und folgsame Herdentiere. Dabei ist es geblieben.

17.01.2025 [Capital](#): Lauterbach-Anwälte legen ihre Mandate nieder. In den Maskenprozessen gegen das Gesundheitsministerium scheiden Anwälte von PwC als Prozessvertreter des Bundes aus. Das Ministerium will die Zahl seiner Kanzleien reduzieren. In den Maskenprozessen, in denen dem Bund ein Schaden in Milliardenhöhe droht, haben mehrere Anwälte ihre Tätigkeit für das Gesundheitsministerium beendet. Wie aus Verfahrensunterlagen hervorgeht, die Capital vorliegen, teilten die Anwälte des Prüf- und Beratungskonzerns PwC diese Woche in Schreiben an die zuständigen Gerichte mit, dass sie ihre Mandate niederlegen. Nach zwei wegweisenden Pleiten vor dem Kölner OLG im Sommer hatte Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) eine Sonderbeauftragte eingesetzt, die unter anderem die Prozessführung überprüfen sollte. Zu den Erkenntnissen gehört nun offenbar, die

Rechtsvertretung stärker zu bündeln und auf weniger Kanzleien zu begrenzen. Nach Angaben des Ministeriums summierten sich die Ausgaben für externe Rechtsberatung von 2020 bis vergangenen Juli bereits auf rund 73 Mio. Euro. Zuletzt waren neben PwC noch vier weitere Topkanzleien mandatiert.

17.01.2025 [PUNKT.PRERADOVIC](#): Aufgetauchte Impfdaten des PEI: „Blanker Horror“ - mit Prof. Dyker und Prof. Matysik. Überraschend ist beim Paul-Ehrlich-Institut ein Datensatz zu „Impf“-Nebenwirkungen hochgeladen worden. Die Chemie-Professoren Dr. Gerald Dyker und Dr. Jörg Matysik haben sich die Daten genau angeschaut. „Der blanke Horror“, so ihr Fazit. Ein Gespräch unter anderem auch über Bauernfängerei mit dem „Post Vac“- Begriff und feige abgetauchte Wissenschaftsinstitutionen.

17.01.2025 [FASSADENKRATZER](#): Spahns Steuergeld-Vernichtung durch illegale Maskenbeschaffung ist noch weit höher als 10 Milliarden. In einer Untersuchung hatte Dr. Manfred Kölsch, Richter i. R., nachgewiesen, dass das von Jens Spahn geführte Bundesgesundheits-Ministerium durch die gigantische Maskenbeschaffung rechtswidrig und nach Ansicht des Bundesrechnungshofs „im Ergebnis ohne gesundheitspolitischen Nutzen“ Steuergelder in Höhe von ca. 10 Milliarden Euro vernichtet hat. Dr. Kölsch legt nun in einer weiteren Untersuchung dar, dass die Steuergeldvernichtung noch weit höhere Dimensionen hat. „Die in neuen Dokumenten zu Tage tretende manipulative Art, das Ungeheuerliche als das Notwendige und Unvermeidliche darzustellen, ist kaum erträglich.“



17.01.2025 [nd](#): Vonovias Datenhunger in NRW. In NRW baut der Wohnkonzern Vonovia digitale Rauchmelder in seine Gebäude ein. Vonovia will intelligente Rauchmelder in einigen ihrer knapp 470 000 Mietwohnungen nutzen, die Daten darüber sammeln können, wer wie viel heizt, wie die Luftfeuchtigkeit ist und noch mehr. Bei kluger Auswertung kann herausgefunden werden, wie viele Personen sich wann in der Wohnung aufhalten, wie oft gelüftet wird und in welchen Räumen jemand

schläft. Kontrolle über diese Daten hat Vonovia, nicht der Mieter.

17.01.2025 [Alexander Wallasch](#): Todeschargen geplant? Wenn das stimmt, hat die Bundesregierung ein ernsthaftes Problem. Wurden schadensträchtige Chargen erst auf ihre Schadensträchtigkeit jeweils getestet, bevor sie breit in den Markt ausgerollt wurden? Waren die gesundheitlichen Schäden geplant?

18.01.2025 [Bastian Barucker](#): „Die Pandemie der Unmenschlichkeit und die Folgebereitschaft der Justiz“.

20.01.2025 [Achgut](#): Eine Orgie von Milliarden-Verpressen und Versagen. Die rechtswidrige und übermäßige Beschaffung von Schutzmasken durch das Bundesministerium für Gesundheit während der vermeintlichen Corona-Pandemie, führte zu erheblichen Mehrkosten und Lagerproblemen.

21.01.2025 [Tagesspiegel](#): Impfstoffverträge während der Corona-Pandemie: Belgiens Justiz weist Klagen gegen von der Leyen ab. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen soll Impfstoffdeals mit den Pharmakonzernen Pfizer, Albert Bourla per SMS ausgehandelt haben. Die Verträge mit den Herstellern und insbesondere die Kosten wurden jedoch nie offengelegt. Bei den Vorwürfen ging es um einen Impfstoffdeal, den von der Leyen persönlich mit dem Chef des Pharmakonzerns Pfizer, Albert Bourla, per SMS ausgehandelt haben soll. Allerdings fehlen Nachweise: Die Kommission bewahrte die Handy-Textnachrichten nicht auf.

22.01.2025 [Berliner Zeitung](#): Corona-Ursprung und Debattenunterdrückung: Warum Joe Biden in letzter Sekunde den Corona-Berater Anthony Fauci begnadigte. Er war gefährdet, vor Gericht zu landen.

22.01.2025 [WELT](#): Lauterbach-Ministerium verweigert Aufklärung – Union spricht von „kruden Aussagen“ Seit zweieinhalb Jahren weigert sich das Bundesgesundheitsministerium, die Vergabe für eine Impfkampagne und damit die Verwendung von Steuergeldern aufzuklären. Selbst der Bundesrechnungshof rügte das Ministerium. Lauterbach zeigt sich weiter unbeeindruckt.

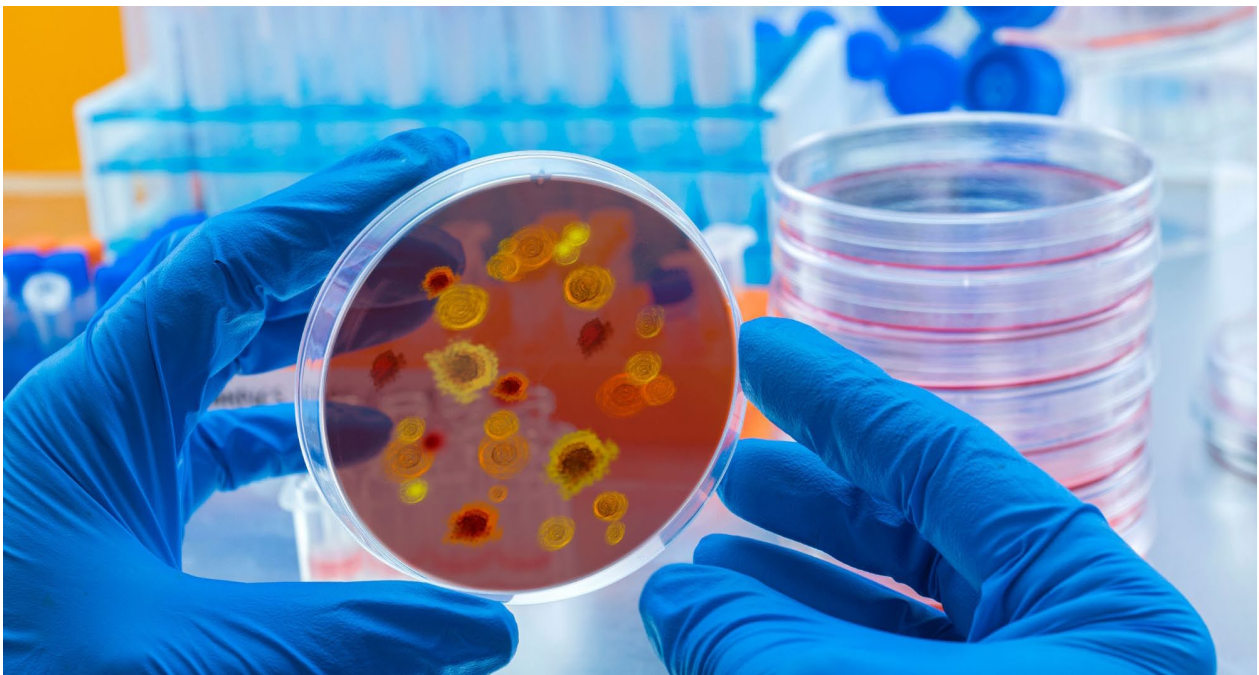
22.01.2025 HOCH2TV bei [YouTube](#): Ehemaliger Staatsanwalt Vollenweider: „Die WHO bricht klares Gesetzesrecht“.

23.01.2025 [WELT](#): Hausdurchsuchung bei Rentner: Der Rentner, der das „Schwachkopf“-Meme über den Politiker verbreitet hatte, hat nun selbst rechtliche Schritte eingeleitet. Er richtet seine Anzeige gegen den Grünen-Chef Felix Banaszak. Der Rentner wirft sowohl Banaszak als auch dem Bayerischen Rundfunk (BR) vor, falsche Aussagen gemacht zu haben, und verlangt eine Unterlassungserklärung. Felix Banaszak hatte am 8. Januar in der Sendung „Markus Lanz“ die Situation kommentiert. Er erklärte: „Der Rentner aus Bayern, der so häufig zitiert wurde, hat ja nicht deshalb eine Hausdurchsuchung bekommen, weil er Robert Habeck als Schwachkopf bezeichnet hat, sondern weil gegen den viele andere Verdachtsfälle auf Volksverhetzung und so weiter parallel vorlagen“. Er fügte hinzu: „Niemand bekommt doch eine Hausdurchsuchung, weil er einen Politiker Schwachkopf nennt“. Der Rentner widerspricht diesen Aussagen.

23.10.2025 [MDR](#): Staatsanwaltschaft ermittelt gegen BSW-Minister Wolf und Schütz. Der Vorwurf an die beiden Vorsitzenden des Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) in Thüringen: Korruption. Hintergrund soll eine Reise von Wolf nach Mallorca auf ein Privatanwesen von Schütz vor der Landtagswahl 2024 sein. Wolf war damals noch Eisenacher Oberbürgermeisterin. Nach „dpa“-Informationen will die Staatsanwaltschaft Erfurt der Frage nachgehen, ob Wolf sich von Schütz im Zusammenhang mit dieser Reise hat bestechen lassen. Bei der Bewerbung Eisenachs als Standort für ein Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation war die Marketingfirma von Schütz involviert, den Zuschlag hatte am Ende aber Halle bekommen.

23.01.2024 [HAINTZ.media](#): „Schwachkopf“ an „SO DONE“ in der NJW. Prof. Drygala zur Schwachkopf-Affäre um Habeck und zum FDP-nahen Meldeportal „SO DONE“ in der NJW. Die Neue Juristische Wochenschrift (NJW) ist die auflagenstärkste Zeitschrift für die juristische Theorie und Praxis in Deutschland. Das unlautere und rechtsmissbräuchliche „SO DONE“-Geschäftsmodell, an dem sich nicht nur FDP-Politiker bereichern, wird nach allen Regeln der juristischen Kunst in der NJW zerplückt. HAINTZ-legal hat dem Autor des Artikels, dem Leipziger Rechtsprofessor Tim Drygala, eine Vielzahl von Fallakten zur Recherche zur Verfügung gestellt. Prof. Drygala thematisiert auch die Gründung des „kreativen“ Meldeportals „SO DONE“ aus Reihen der FDP. Das ganze „SO DONE“-Konstrukt funktioniert im Übrigen nur deshalb, weil Rechtsanwalt Alexander Brockmeier, SO DONE legal Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, gegenüber dem Meldeportal, der SO DONE GmbH offenkundig nur die Fälle abrechnet, in denen der Gegner bezahlt.

25.01.2025 [ntv](#): CIA ändert Einschätzung zum Ursprung des Coronavirus. Der neue Direktor des US-Auslandsgeheimdienstes CIA, John Ratcliffe, hat als eine seiner ersten Amtshandlungen die Einschätzung seiner Behörde zum Ursprung des Coronavirus geändert. Diese geht nun von einer Laborpanne aus. „Die CIA schätzt mit geringem Vertrauen ein, dass ein forschungsbedingter Ursprung der Covid-19-Pandemie auf der Grundlage der verfügbaren Berichte wahrscheinlicher ist als ein natürlicher Ursprung“, heißt es in einer Mitteilung, die US-Medien vorlag.



28.01.2025 [tkp](#): Salvini will italienischen WHO-Austritt. Nach den USA könnte Italien als nächstes Land folgen, das die WHO verlässt. Ein entsprechendes Gesetz hat Matteo Salvini dem Parlament vorgelegt. Was manche vermutet, manche sogar gehofft hatten, könnte Wirklichkeit werden: Im Windschatten der USA, versuchen auch andere Staaten, die WHO zu verlassen. Ein erster entsprechender Vorstoß ist aus Italien zu hören: Matteo Salvini, Verkehrsminister und Stellvertreter von Giorgia Meloni, will es der USA gleichtun. Ein Gesetz, mit dem dieser Schritt möglich werden soll, wurde bereits eingebracht.



30.01.2024 [Freilich](#): Das Oberlandesgericht Köln hebt das Urteil gegen Akif Pirinçci auf, das Pirinçci wegen Volksverhetzung zu einer achtmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt hatte. Auslöser des Verfahrens war ein im Juni 2022 veröffentlichter Internetbeitrag mit dem Titel „Alle lieben rechts“, in dem Pirinçci unter anderem von „Schmarotzern“ spricht, die sich „in staatlichen Versorgungsanstalten mikrobenartig immer weiter vermehren“, und eine „Ausländisierung des Landes mit völlig Ungebildeten und Inkompatiblen“ beklagt. Das Landgericht Bonn befand, dass Pirinçci mit diesen Äußerungen Migranten als minderwertig dargestellt und ihre Menschenwürde angegriffen habe, was den Straftatbestand der Volksverhetzung erfülle. Das OLG Köln bemängelte jedoch, dass das Landgericht eine „unzulängliche Prüfung des Erklärungsinhaltes“ der relevanten Textpassagen vorgenommen habe. Es sei versäumt worden, „rechtsfehlerfrei“ zu prüfen, ob die Passagen auch unverfänglicher gemeint sein könnten. So hätte in Betracht gezogen werden müssen, dass Pirinçci sich möglicherweise nur auf straffällig gewordene Migranten beziehe oder dass mit dem Begriff „Schmarotzer“ nicht ausschließlich Migranten gemeint seien.

30.01.2025 [Sächsische](#): Aufarbeitung der Corona-Politik in Sachsen. Ausschuss soll Corona-Protokolle des Robert Koch-Instituts anfordern. Die BSW-Mitglieder im Corona-Untersuchungsausschuss des sächsischen Landtags haben umfangreiche Beweisanträge zur Aufklärung der Krisenpolitik vorgelegt. Sie fordern, relevante Protokolle und Zusatzdokumente des Robert-Koch-Instituts (RKI) sowie die Analyse öffentlich zugänglicher Daten aus einem Daten-Leak beizuziehen. Sie seien nötig, um die Krisenkommunikation zwischen der Landesregierung und dem RKI überprüfen zu können.

30.01.2025 [tkp](#): Gentechnische Veränderung der Psyche. Eine südkoreanische Studie zeigt alarmierende Anstiege bei Depressionen, Angststörungen und Schlafproblemen nach SARS-CoV2-mRNA-Injektionen. Doch eine vermeintlich aus den Daten ableitbare Reduktion von Schizophrenie und bipolaren Störungen unter Injizierten entpuppt sich bei genauer Analyse als Fehlschluss. Was wirklich hinter den Zahlen steckt und welche neuropsychiatrischen Risiken nicht ignoriert werden dürfen.

31.01.2025 [WELT](#): Kritik an „StopptCovid“-Studie: „Für keine der Maßnahmen ergeben sich belastbare Effekte“. Gesundheitsminister Lauterbach nennt gerne die „StopptCovid“-Studie des RKI als Beleg für die Wirksamkeit der Corona-Maßnahmen.

## AUFSÄTZE

Dr. Gert Armin Neuhäuser - **Grundrechtsverwirklichung im Amt!**

Beamtinnen und Beamte als Grundrechtsträger sehen sich – in einer durch steigende Einflussnahme des politischen Bereichs auf die Exekutive gekennzeichneten Realität – zunehmend dem Risiko ausgesetzt, dass sie aufgrund der Offenheit und Weite der ihre Pflichten bestimmenden beamtenrechtlichen Normen nicht voraussehen können, ob ein Verhalten, etwa eine Meinungsäußerung, noch dienstpflichtgemäß sein wird oder nicht. Zudem bestehen gegen weite Blankettbestimmungen zu den Dienstpflichten gerade auch aus der neueren Rechtsprechung des BVerwG folgende Bedenken unter dem Gesichtspunkt des Parlamentsvorbehalts. Der Beitrag verlangt eine Neuausrichtung der Rechtsprechung, da eine mit dem nicht kalkulierbaren Risiko der Sanktionierung verbundene Grundrechtsausübung nicht frei ist. (LSK 2025, 03801097, [beck-online](#))



Victor Struzina und Felix Heller - **Hinweisgeber nach dem Digital Services Act (DSA)**

Zur verwaltungsrechtlichen Einordnung von „Trusted Flaggen“. Trusted Flagger i. S. d. Art. 22 DSA können als Beliehene und ihre Meldungen als Verwaltungsakte qualifiziert werden. Für Plattformbetreiber besteht daher die Möglichkeit, die Meldung eines Trusted Flaggers verwaltungsgerichtlich überprüfen zu lassen. Wird ein gemeldeter Beitrag gelöscht, so wird dies dem betroffenen Autor mitgeteilt (Art. 17 DSA). Erfährt der Autor, dass die Löschung des Beitrags auf die Meldung eines Trusted Flaggers zurückgeht und wird ihm überdies die Identität des Trusted Flaggers mitgeteilt (Art. 17 Abs. 3 b) DSA), so sind die tatsächlichen Voraussetzun-

gen dafür erfüllt, dass der Autor die Rechtswidrigkeit der Meldung durch eine Fortsetzungsfeststellungsklage überprüfen lassen kann. Trusted Flagger werden zwar durch den DSA, nicht aber vom Verwaltungsprozessrecht vor Inanspruchnahme für ihre Meldungen verschont. (NVwZ 2025, 23, [beck-online](#))

### Timo Knäbe - Die Europäische Kommission, Textnachrichten und der Pfizer COVID-19-Impfstoff-Deal

Von neuen Kommunikationsmitteln einer „vorsintflutlichen“ EU-Informationsfreiheitsverordnung und schwarzen Schwänen. Am Vorabend der Wahl der Kommissionspräsidentin von der Leyen erging am 17.7.2024 das EuG-Urteil in der Rechtssache Auken u. a./Kommission (T-689/21), vorgebracht von fünf EU-Parlamentariern, indem die weitgehende Zugangsverweigerung der Europäischen Kommission zu Vertragsdokumenten bezüglich in den Jahren 2020, 2021 und 2023 durch die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit mehreren Pharmaunternehmen, darunter Pfizer, Moderna und Astra Zeneca, über den Kauf von COVID-19-Impfstoffdosen geschlossenen Verträgen teilweise für nichtig erklärt wurde. Ausgehend von der Rüge der EO, dass die Kommission Textnachrichten, die ihre Präsidentin an den CEO von Pfizer gesandt hatte, um einen Vertrag über einen COVID-Impfstoff abzuschließen, nicht freigegeben hat, beleuchtet dieser Beitrag den aus früheren Zugangsrahmenwerken der Kommission und des Rates entwickelten Begriff des Dokuments und wann sich ein solches im Besitz einer EU-Einrichtung befindet. (NJOZ 2025, 65, [beck-online](#))

---

Unterstützen Sie unsere Arbeit gern mit einer Spende. Herzlichen Dank!

Netzwerk KRiStA | IBAN: DE12 6725 0020 0009 3540 85

## IMPRESSUM

---

### Herausgeber

KRiStA – Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.  
Bessemerstraße 82  
12103 Berlin

E-Mail: [kontakt@netzwerkkrista.de](mailto:kontakt@netzwerkkrista.de)

Website: <https://netzwerkkrista.de>

### Vertretung des Vereins

jeweils einzeln vertretungsberechtigt als gleichberechtigte Vorstandsmitglieder: Matthias Guericke, Karin Hark und Thomas Wagner

### V.i.S.d. § 18 Abs. 2 MStV

Matthias Guericke  
c/o KRiStA – Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V., Bessemerstraße 82, 12103 Berlin  
E-Mail: [kontakt@netzwerkkrista.de](mailto:kontakt@netzwerkkrista.de)

### Haftung für Links

Wir können keine Haftung für externe Links übernehmen. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

